



Liebe Potsdamerinnen,
 liebe Potsdamer,
 liebe Nachbarn und Freunde,

am **Sonntag, 14. September 2014, ist Landtagswahl im Land Brandenburg.** Damit haben Sie die Chance und Möglichkeit, mit Ihren Stimmen über die Zusammensetzung des 6. Brandenburger Landtages zu entscheiden. Das Brandenburger Regierungsprogramm der CDU umfasst dabei folgende Schwerpunkte:

- ▶ Ein Land – Eine Zukunft (Demografie, Gesundheit, Strukturen, Mobilität)
- ▶ Arbeit und Wohlstand für unsere Heimat (Wirtschaft, Arbeit, Energie, Landwirtschaft, Naturschutz)
- ▶ Mit Sicherheit besser leben (Innere Sicherheit, Recht, Justiz, Verwaltung)
- ▶ Wissen schafft Chancen (Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur)
- ▶ Verantwortung für das Leben (Familie, Fürsorge, Ehrenamt, Sport)

Dies liegt auch im direkten Interesse Potsdams sowie natürlich unserer Stadtteile Drewitz, Stern, Kirchsteigfeld, Waldstadt, Schlaatz, Teltower Vorstadt, Templiner Vorstadt und Zentrum-Ost. Lassen Sie uns in den nächsten fünf Jahren gemeinsam **Brandenburg. besser. machen!**

P.S. Nutzen Sie Ihr Wahlrecht! Überlassen Sie die Wahl nicht den Radikalen und „ewig Gestrigen“.

**Am 14. September:
 Beide Stimmen CDU!**



Zur Person

- 1976** in Potsdam geboren
- 1982 bis 1989** Polytechnische Oberschule (POS)
- 1989 bis 1991** Leistungsklasse
- 1991 bis 1995** Gymnasium, Schwerpunkte Mathematik und Physik
- 1995 bis 1996** Grundwehrdienst
- 1996 bis 2000** Studium Betriebswirtschaftslehre, Abschluss Diplom
- seit 1997** Mitglied der CDU
- seit 2001** Referent für Betriebswirtschaft, Angestellter
- 2001 bis 2008** Stadtverordneter in Potsdam (Schwerpunkte Wirtschaft, Bildung und Finanzen)
- seit Oktober 2009** Abgeordneter des Landtages Brandenburg
 Sprecher für Energiepolitik
 Mitglied in den Ausschüssen für Haushalt und Finanzen und für Haushaltskontrolle

So können Sie mich erreichen:

Bürgerbüro Steeven Bretz MdL
 Friedrich-Ebert-Str. 70, 14469 Potsdam
 T. 0331 – 9099722

www.steeven-bretz.de

www.steeven-bretz.de



Steeven Bretz

Mein Leitgedanke: „Frage nicht, was dein Land für dich tun kann – frage, was du für dein Land tun kannst.“

(John F. Kennedy)

Bildung (Kita und Schule)

Jeder Mensch hat eigene Begabungen und Fähigkeiten. Diese Individualität bietet viele Chancen und Möglichkeiten. Sie stellt aber zugleich auch die Herausforderung, unseren Kindern entsprechend ihrer Fähigkeiten optimale Bildungswege zu eröffnen. Deshalb setzt die CDU auf ein durchlässiges Bildungssystem, in dem klare Leistungs- und Qualitätsstandards gelten. Alle Kinder, unabhängig von ihrer sozialen Situation, sollen die Voraussetzungen für einen erfolgreichen und selbstbestimmten Bildungs- und Lebensweg erhalten.

Wir stehen konkret für:

- ▶ Einstellung von mehr Lehrern;
- ▶ für Schulfrieden: Grundschulen, Oberschulen, Gesamtschulen, Gymnasien und Förderschulen bleiben in der bisherigen Form bestehen – keine Strukturdebatten;
- ▶ unmissverständliche Absage an die Einheitsschule;
- ▶ keine finanzielle Schlechterstellung von Schulen in freier Trägerschaft (Rücknahme der Zuschusskürzung);
- ▶ freie Schulwahl;
- ▶ Senkung des Unterrichtsausfalls (derzeit fallen 10 Prozent der Stunden im Land zur Vertretung an);
- ▶ richtig Schreiben lernen – eine kostenlose Lesefibel für alle, keine Rechtschreib-Experimente;
- ▶ Neuauflage eines Schulbauförderungsprogramms durch die Landesregierung;
- ▶ an der Praxis ausgerichtete Schulhalte und Bildungsaufträge;
- ▶ Verbesserung der Ausstattung der Schulen, unter anderem mit Computertechnik und digitalen Lernangeboten;
- ▶ gezielter Einsatz von Sozialarbeitern in Schulen;
- ▶ Förderung von gesundem und regionalem Schulleben;
- ▶ Entlastung der Schulleiter von Verwaltungsaufgaben;
- ▶ stärkere Wertschätzung der Arbeit von Lehrern und Erziehern;
- ▶ Verbesserung des Betreuungsschlüssels für unter Dreijährige (ein Kitaerzieher zu vier bis max. fünf Kindern);
- ▶ beitragsfreies letztes Kita-Jahr und dessen Erweiterung zum Vorschuljahr, um einen besseren Übergang von der Kita zur Schule zu erreichen.

Wirtschaft, Mittelstand und Energie

Die soziale Marktwirtschaft ist unser Kompass. Eigenverantwortung, Leistung und Wettbewerb auf der einen und soziale Gerechtigkeit, Fürsorge und Solidarität auf der anderen Seite sind dabei tragende Säulen.

Wir stehen konkret für:

- ▶ Einführung der Meistergründungsprämie von 7.500 € für junge Unternehmer und Existenzgründer;
- ▶ Abschaffung des Brandenburgischen Vergabegesetzes;
- ▶ Privat vor Staat: mittelstandsfreundliche Kommunalverfassung – keine Ausweitung der wirtschaftlichen Aktivitäten von öffentlichen Unternehmen;
- ▶ Bekenntnis zur Schuldenbremse – für einen soliden öffentlichen Haushalt;
- ▶ vollständige Bereitstellung der Kofinanzierungsmittel für Fördermittel der EU und des Bundes;
- ▶ neues Mittelstandsfördergesetz – Abschaffung unnötiger Bürokratie;
- ▶ Evaluation und Neuausrichtung der Arbeitsmarkt-Förderprogramme;
- ▶ Praktikumskonzept für Schüler ab der 7. Klasse, um Einblicke in Unternehmensabläufe und Berufsbilder zu vermitteln;
- ▶ Wissen und Angebote für die Unternehmensnachfolge in einer landeseigenen Datenbank bündeln;
- ▶ Maßnahmen und Projekte zur Steigerung der Exportfähigkeit durch Messen, Innovations- und Außenwirtschaftstage;
- ▶ Stärkung der Anwendungsforschung mit besserer Ausrichtung an den Bedürfnissen der Wirtschaft;
- ▶ bezahlbare Energiepreise mittels eines ausgewogenen Energiemix;
- ▶ umfassende Reform des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes (EEG);
- ▶ eine flächendeckende Breitbandversorgung im ganzen Land;
- ▶ Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur durch das Sonderprogramm „Straße“ mit 50 Mill. € pro Jahr.

Arbeit, Pflege, Kinder und Senioren

Eine ausgewogene Sozialpolitik ist eine entscheidende Kategorie politischen Handelns. Soziale Gerechtigkeit, Fürsorge und Solidarität sind wesentliche Eckpfeiler unseres Selbstverständnisses. Sie sichern das Miteinander und sind für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft unerlässlich.

Wir stehen konkret für:

- ▶ den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 €, der die absolute Untergrenze der Bezahlung für Arbeitnehmer definiert – die Festsetzung muss durch ein unabhängiges Gremium anhand nachvollziehbarer und belastbarer Fakten in einem transparenten Verfahren erfolgen – einen politisch-populistischen Wettbewerb „wer-bietet-mehr“ lehnen wir ab;
- ▶ Arbeitsmarktpolitik nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“;
- ▶ Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf;
- ▶ Stärkung der dualen Ausbildung für einen zielgerichteten Übergang von Schule ins Berufsleben und Verankerung des lebenslangen Lernens als Grundprinzip;
- ▶ kostenlose Schülerbeförderung aller Schüler;
- ▶ Ausbildung von Pflegekräften forcieren, bessere Bezahlung des Pflegepersonals, Prüfung der Errichtung einer gemeinsamen Pflegekammer mit Berlin;
- ▶ bezahlbarer Wohnraum durch Mietpreisbremse, u. a. Begrenzung des Neuvermietungszuschlages;
- ▶ verbesserter Kinderschutz durch landesweite Kinderschutzhotline und Kinderschutzbeauftragten;
- ▶ vom Land finanziertes Stipendiensystem für Medizinstudenten, die eine Arztpraxis übernehmen wollen;
- ▶ Kompetenz und Lebenserfahrung der Älteren nutzen;
- ▶ altersgerechte Wohnformen für Senioren und ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen;
- ▶ Projekte wie Seniorengenossenschaften und Mehrgenerationenhäuser unterstützen; aus Steuermitteln finanzierte Mütterrente;
- ▶ Grundsicherung im Alter voranbringen, Vermeidung von Altersarmut.